

Sommer 2011

LINKS-rheinische

Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn
www.linksfraktion-bonn.de

DIE LINKE.



Liebe Bonnerinnen und Bonner,

pünktlich zum Sommer erscheint die zweite Ausgabe der LINKS-rheinischen. Ich lade Sie herzlich ein, sich auf den folgenden Seiten über die Arbeit der Linksfraktion in der Bonner Kommunalpolitik zu informieren. Die Themenpalette ist wieder vielfältig. Natürlich geht es auch um den Dauerbrenner WCCB: Während die Kosten für externe Berater in schwindelerregende Millionenhöhen steigen, hat der Rat jüngst weitere 100.000 Euro dafür bereitgestellt, das Erscheinungsbild der Bauruine aufzuhübschen. Zunächst sollten sogar 135.000 Euro für einen neuen Bauzaun ausgegeben werden. Was meinen Sie? Liegt das negative Erscheinungsbild des WCCB-Skandalbaus wirklich am fehlenden Bauzaun? Sind 100.000 Euro für ein attraktives „Entree“ sinnvoll investiert? Wir meinen, nein! Die Fassade für 100.000 Euro

**LINKE
Alternativen
für Bonn!**

schön zu färben, ohne dass es hinter der Kulisse weitergeht, ist Unsinn. Fast zynisch wird es, wenn zugleich 20.000 Euro bei der AIDS-Prävention gestrichen werden und überhaupt bei Sozialem und Kultur massiv der Rotstift angesetzt werden soll - weil angeblich kein Geld mehr da ist. Sie können sicher sein, dass sich die Linksfraktion auch zukünftig gegen eine Politik mit derart falschen Prioritäten stark macht. Wir laden Sie herzlich zur kritischen Begleitung unserer Arbeit ein und freuen uns über ihr Interesse. In dem Sinne wünsche ich viel Spaß bei der Durchsicht der LINKS-rheinischen, die Sie gerne auch für die Zukunft kostenfrei abonnieren können.

Herzliche Grüße, Ihr

Michael Faber

(Fraktionsvorsitzender)

LINKE gegen Atomkraft!

Paul Schäfer MdB, Hamide Akbayir MdL, Andrej Hunko MdB und Michael Faber, Fraktionsvorsitzender der Bonner LINKEN bei der Anti-Atom Demo am 28. Mai 2011

Inhaltsverzeichnis

- ▶ Roter Erfolg: Grüner Strom für Bonn 2
- ▶ Bahnhofsvorplatz - Ein gutes Ende ohne Schrecken 3
- ▶ Aufbruch im Tannenbusch? Das Projekt Soziale Stadt 4
- ▶ Wie man Schwimmbäder kaputt redet 5
- ▶ Der Insolvestor: Das WCCB und der Mythos Privatisierung 6
- ▶ WCCB - und kein Ende in Sicht 7
- ▶ Lokale Spielräume für eine humane Flüchtlingspolitik ausnutzen 8
- ▶ Impressum 8

Links wirkt!

► Bonn-Ausweis bleibt

Im vergangenen Jahr wollte die schwarz-grüne Ratsmehrheit den Bonn-Ausweis für Bus und Bahn noch abschaffen. Das ist jetzt vom Tisch. Wir bleiben dran und kämpfen für den Bonn-Ausweis und gesellschaftliche Teilhabe für alle.

► Mehr Transparenz

Auf Initiative der LINKEN veröffentlicht der Vorstand der Sparkasse KölnBonn zukünftig seine Gehälter. DIE LINKE macht sich für Transparenz stark und lehnt überhöhte Managergehälter ab.

► Mehr Teilhabe

Inklusion heißt Teilhabe für alle. Niemand soll z.B. in der Schule wegen Behinderung zurückgelassen werden. Dafür macht sich die Stadt auch auf LINKEN Druck jetzt stark. Wir konnten durchsetzen, dass sich auch Betroffenenverbände stärker einbringen können.

► Mehr Nachhaltigkeit

Auf LINKE Initiative hin sind Nachhaltigkeit und Umweltschutz jetzt Auswahlkriterien für Standbetreiber bei Festen wie Pützchens Markt.

► Mehr Datenschutz

DIE LINKE sieht die Überwachung des öffentlichen Raums durch Kameras kritisch. Die Stadt hat auf unsere Frage hin dargelegt, wo sie filmt. In Bädern fehlten bislang Hinweisschilder. Die werden jetzt angebracht.

► Mehr Gleichberechtigung

Frauen verdienen in Deutschland für die gleiche Arbeit 23% weniger als Männer. Das ist ein Skandal. Die Stadt macht sich auch auf Initiative der Linksfraktion für die volle Gleichberechtigung stark.

► Gegen Kinderarmut

Mehr als 10.000 Kinder in Bonn sind arm. Dagegen wendet sich der Runde Tisch gegen Kinderarmut. Deren Forderungen trug DIE LINKE in die Kommunalpolitik. Der Jugendhilfeausschuss griff die Forderungen daraufhin auf.

Roter Erfolg: Grüner Strom für Bonn

von Gitti Götz, umweltpolitische Sprecherin und Anatol Koch, Geschäftsführer der Linksfraktion

Die Atomkatastrophe in Japan hat der Welt erneut die Unbeherrschbarkeit der Atomkraft vor Augen geführt. Selbst die Bundesregierung von CDU und FDP, die erst die Laufzeit der Kernkraftwerke noch ausweiten wollte, musste dies jetzt eingestehen und setzt auf den Atomausstieg. Auch wenn der Ausstieg durch die Bundesregierung eher halbherzig mit langen Übergangszeiten realisiert werden soll, ist dieser Kurswechsel vor allem ein Erfolg der Anti-AKW-Bewegung. Alleine in Bonn fanden über Monate hinweg Montagsdemonstrationen statt, die in einer Großkundgebung am 28. Mai mit fast 10.000 TeilnehmerInnen mündeten.

Auch kommunal werden jetzt Konsequenzen gezogen. Auf Initiative der Linksfraktion wird die Stromversorgung der städtischen Gebäude auf Ökostrom, zertifiziert nach dem „Grüner Strom Label“ umgestellt. Zwar belastet das den städtischen Haushalt im Vergleich zu billigem Strom aus Kohle- und Kernenergie. Doch konnte die Linksfraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen hierfür Finanzierungsvorschläge unterbreiten. Außerdem ist der Ausstieg aus der Atomenergie eine Zukunftsinvestition.

Denn der Transport und die Endlagerung von Atommüll

sowie Aufbereitungsanlagen sind teuer – nicht für die Stromkonzerne, sondern für die SteuerzahlerInnen. Für die Schließung des Atommülllagers Asse rechnen ExpertInnen mit Kosten von 2 bis 6 Milliarden Euro – was das Problem nicht lösen wird, denn der Atommüll strahlt noch zehntausende von Jahren und weltweit gibt es bislang kein einziges Endlager. Es ist daher eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen, mit diesem Wahnsinn schnellstmöglich Schluss zu machen.

Als Alternative können nur erneuerbare Energien in Betracht kommen. Hierzu verpflichtet uns der Klimawandel, der in der ganzen Welt extreme Verwerfungen mit sich bringt. Laut Umweltbundesamt belaufen sich bereits jetzt die jährlichen Kosten als Folge extremer Wetterereignisse in Deutschland auf etwa 16,5 Milliarden Euro. Auch die Wetterstatistiken für Bonn zeigen, dass Temperaturen, Niederschläge und extreme Wetterereignisse stark zunehmen. Manch einer freut sich vielleicht schon auf Temperaturen wie in Mailand. Aber bei denen, die nah am Mehlemer Bach wohnen, hält sich die Vorfreude in Grenzen. Vor diesem Hintergrund kann es nur eine Konsequenz geben: Umsteigen auf erneuerbare Energien! Der Bonner Stadtrat hat hier die

Zeichen der Zeit erkannt und dem Antrag der LINKEN für grünen Strom zugestimmt.

Links wirkt:
Ökostrom für
Bonn!



Rainer Sturm / pixelio.de



www.wikipedia.de

Bahnhofsvorplatz: Ein gutes Ende ohne Schrecken

von **Holger Schmidt**, planungspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Ungers-Halle, Brune-Shopping Mall – Umbaupläne für Bonns Bahnhofsvorplatz hat es schon viele gegeben, doch verwirklicht wurde keiner. Dieses Schicksal hat nun auch das im letzten Jahr vorgestellte Vorhaben eines Investors ereilt, die bisherige Südüberbauung zwischen Bonner Loch und Busbahnhof abzureißen und etwas zurückgesetzt neu zu errichten. Dass Realisierung und vor allem Finanzierung des „Maximilian Centers“ auf tönernen Füßen standen, war eigentlich schon geraume Zeit überdeutlich. Doch Teile der Stadtverwaltung und vor allem die schwarzgrüne Mehrheit wollten dies lange nicht wahrhaben. Zu gerne wären sie diejenigen gewesen, die den ungeliebten dunklen Klotz Südüberbauung durch ein modernes Allerweltsbauwerk ersetzt hätten.

Mehr als vierzig EigentümerInnen teilen sich die Südüberbauung. Einfach ist es deshalb nicht, alle für einen Abriss zu gewinnen. Diese komplizierte Situation kann aber keine Rechtfertigung dafür sein, städtebauliche Ziele hinten anzustellen. Vor allem braucht Bonn einen attraktiven Bahnhofsvorplatz und genügend Raum für FußgängerInnen und RadfahrerInnen.

Das Scheitern der Investorenpläne bietet jetzt eine echte Chance für ein sinnvolles Bebauungskonzept für Bonns innerstädtisches Eingangstor. Allerdings müssen dafür die Ergebnisse der Bürgerwerkstatt für den Bahnhofsbereich umfassend Berücksichtigung finden, insbesondere was den geforderten Freiraum und den Abstand zum Bahnhofsgebäude angeht.

Während bei der Südüberbauung in nächster Zeit kaum Veränderungen zu erwarten sind, steht zu befürchten, dass die Nordüberbauung konkret vorangetrieben wird. Vorgesehen ist, auf dem bisherigen Parkplatz neben dem „Bonner Loch“ ein großflächiges, monolithisches Gebäude ähnlich einer Shopping Mall zu errichten. Hier erhofft sich die Stadt einen hohen Verkaufserlös für das kommunale Grundstück.

Für DIE LINKE bestimmt dieses Kriterium die Entscheidung ebenso wenig wie das individuelle Investoreninteresse. Im Vordergrund muss der öffentlich genutzte Raum stehen - vor allen Dingen ein praktikabler, gut einsehbarer und erneuerter Busbahnhof; daneben ein ausreichend dimensionierter Fahrradweg. Für solch eine attraktive Neugestaltung des Bahnhofsbereichs würden sich städtische Anstrengungen wirklich lohnen!

**Neugestaltung
am Bahnhof nach
den
Bürgerinteressen
ausrichten!**

Initiativen der Linksfraktion

► Keine 1-Euro-Jobs mehr

Schluss mit der Ausbeutung bei der Stadt. Wir wollen ordentliche Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs!

► Mehr sozialer Wohnungsbau

Stadt und Land haben die meisten öffentlichen Wohnungen an Heuschrecken verschertelt. Leidtragende sind die MieterInnen. Und die Stadt muss die steigenden Kosten der Unterkunft zahlen. Das wird richtig teuer. Wir fordern mehr sozialen Wohnungsbau durch die kommunale Vebowag!

► Beraterkosten runter

Die Beraterkosten explodieren – nicht nur beim WCCB. Die Linksfraktion will, dass die Stadt sich beim Haushalt von der öffentlichen Gemeindeprüfanstalt beraten lässt und nicht für viel Geld durch Rödl & Partner.

► Keine Gebühren für Chöre

Wir finden: Wenn die Chöre in Schulen proben, sollte die Stadt dafür keine Gebühren nehmen. Kulturelles Engagement verdient Unterstützung und kein Abkassieren!

► Mehr OGS und Betreuungsangebote

Viele Eltern wissen: Die Betreuungsangebote im offenen Ganztags reichen nicht aus. Wir wollen zusätzliche Landesmittel in den Ausbau des Angebotes investieren.

► Prävention stärken

In Sonntagsreden ist sich die Politik einig: Prävention und der Kampf gegen AIDS sind wichtig. Jetzt sollen bei der AIDS-Arbeit 20.000€ gestrichen werden. Die Linksfraktion macht sich für den Erhalt stark.

► Mieter stärken

Die Stadt zahlt die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-BezieherInnen. Wir wollen, dass die Stadt die Mitgliedschaft im Mieterbund zahlt, damit dort Rechtsberatung und Hilfe in Anspruch genommen werden können. Das hilft den Menschen und spart der Stadt Geld.

Aufbruch im Tannenbusch? Das Projekt Soziale Stadt

von Irmgard Cipa, Mitglied im Projektbeirat „Soziale Stadt Tannenbusch“ für die Linksfraktion

„Der Tannenbusch ist ein Mosaik der Kulturen. Vielfältig, bereichernd, aber auch ein Ort, wo es viele Probleme gibt“ – so der Geschäftsmann Sefik Elmas in der Ausstellung „Tannenbuscher Gesichter“. Und tatsächlich: Tannenbusch ist vielfältig, lebendig und weit mehr als einfach nur ein „Problembezirk“. Hier leben Menschen aus rund 120 Nationen. Zugleich ist die Arbeitslosigkeit extrem hoch, vor allem unter den Jugendlichen. Im Durchschnitt hat eine Familie im Tannenbusch weniger als die Hälfte des Einkommens von Bonner Familien in anderen Stadtteilen. Die Wohnsituation in den Hochhäusern ist Besorgnis erregend. Bei Mieterversammlungen berichten die Bewohner von verschimmelten Wohnungen, nicht funktionierender Heizung, Müllproblemen, überhöhten Nebenkosten usw.

Das Programm „Soziale Stadt“ setzt hier an. Rund 12 Mio. €, davon die Hälfte städtische Mittel, sollen in den kommenden Jahren in die Zukunft des Stadtbezirkes investiert werden. Zum Maßnahmenpaket gehören unter anderem:

- ein Mieterbüro
- Bildungsprojekte in Kindertagesstätten und Schulen
- Beratung und Hilfe für Familien
- kriminalpräventive Jugendarbeit
- Neugestaltung des KBE-Dreiecks, der Schulhöfe und Spielplätze
- Maßnahmen zur Qualifizierung, um die Perspektiven der EinwohnerInnen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Daneben muss die zum Teil dramatische Wohnsituation verbessert werden. Doch hier gibt es Probleme: Was früher öffentliches Eigentum war, gehört heute größtenteils der GAGFAH, der Deutschen Annington oder einem Immobilienfonds.

Jetzt bestimmt die private Renditeerwartung und nicht das Interesse der MieterInnen. Deshalb müssen die Mieterrechte gestärkt und Druck auf die privaten Eigner ausgeübt werden. Das Geld der „Sozialen Stadt“ darf jedenfalls nicht dazu führen, dass die unterlassenen Modernisierungsmaßnahmen der Privaten nun durch die öffentliche Hand bezahlt werden. Die privaten Wohnungseigentümer dürfen nicht aus der Verantwortung gelassen werden.

Aber auch an anderer Stelle droht Gefahr. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Gelder für die Wohnungsbauförderung um 70% gekürzt. Das betrifft vor allem das Programm „Soziale Stadt“. Die LINKE hat sich hiergegen massiv gewehrt. Im Bonner Rat konnten wir erfolgreich initiieren, dass die Stadt dem Bündnis „Soziale Stadt“ beitrifft. Hier wehren sich die Kommu-



**Fraktion vor Ort:
DIE LINKE. informiert
sich im
Informationsbüro über
das Projekt Soziale
Stadt Tannenbusch**

nen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände gegen die unsoziale Politik von CDU und FDP.

DIE LINKE begrüßt das Programm „Soziale Stadt Tannenbusch“ und bringt sich in die Umsetzung gemeinsam mit den Menschen vor Ort ein. Gleichwohl darf nicht vergessen werden: Programme wie „Soziale Stadt“ sind Reparaturprogramme. Sie sollen die Folgen einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik, einer miserablen Wohnungspolitik und schweren Mängeln bei Bildung und Integration ausgleichen.

Zugleich müssen auch die Ursachen in den Blick genommen werden. Für uns heißt das: Abschaffung von Hartz IV und Einführung einer bedarfsgerechten, repressionsfreien Grundsicherung, existenzsichernde Mindestlöhne, mehr sozialer Wohnungsbau und eine Bildungspolitik, die allen Kindern unabhängig vom Elternhaus die besten Bildungschancen eröffnet!

Bonn im Mai: Kein Badespaß trotz Sommerwetter

Der Sommer war im Mai warm wie selten. Die Bäder waren trotzdem dicht. Die Linksfraktion hatte sich für die Öffnung schon im Mai stark gemacht, denn bei dem Wetter gewinnen alle: die Stadt durch die Eintrittspreise und die BonnerInnen durch den Badespaß. Leider lehnte die schwarz-grüne Mehrheit den Antrag ab und die Bäder blieben zu.

Wie man Schwimmbäder kaputtredet

von Tobias Haßdenteufel, sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion und Mitglied im städtischen Projektbeirat Bäder

Bereits seit über zehn Jahren diskutieren Politik und Verwaltung in einer quälenden Endlosschleife die Schließung des einen und dann wieder des anderen Bades. Die Folgen dieses Klimas der permanenten Unsicherheit sind fatal: Dringend notwendige Investitionen werden mit dem Hinweis zurückgehalten, es sei gar nicht klar, ob dieses Bad im nächsten Jahr überhaupt wieder geöffnet werde. Unter Umständen regelt sich das Problem dann sogar von alleine, wie im letzten Jahr beim maroden Viktoriabad, für dessen Schließung letztlich auch Sicherheitsbedenken den Ausschlag gaben.

In diesem Jahr stehen Melbbad und Freibad Friesdorf im Fokus der Debatte. Besonders im Falle des Poppelsdorfer Bades ist die Diskussion an Absurdität nur schwer zu überbieten, wurde das beliebte Freibad doch gerade erst für mehrere Millionen saniert. Nur ein Beispiel, wie man sich aus panischer Angst vor dem Nothaushalt bereitwillig ins eigene Fleisch schneidet. Die LINKE wollte diesen Irrsinn bereits im vergangenen Jahr stoppen. Der Antrag, dem Melbbad Planungssicherheit zu geben und eine Schließung auch perspektivisch abzulehnen, scheiterte aber am Widerstand der übrigen Parteien. Überhaupt hat besonders die Koalition von CDU und Grünen der häufig konzeptlosen Politik der Stadt-

verwaltung nur wenig entgegenzusetzen. Statt sich zu notwendigen Investitionen und dem Erhalt der Bäderlandschaft zu bekennen, gerät die sogenannte Gestaltungscoalition selbst zunehmend „ins Schwimmen“. So stellt man politische Entscheidungen zurück, um zunächst ein weiteres externes Gutachten über die Bonner Bäder einzuholen. Mit hohen Kosten, versteht sich. Dabei braucht die bereits ergiebig ausdiskutierte Bäderpolitik in Bonn endlich Mut zur Entscheidung. Aussagen der Vertreterinnen und Vertreter der Ratskoalition im Sportausschuss, wonach das „Damoklesschwert“ der Schließung prinzipiell über jedem der Bonner Bäder schweben müsse, lassen jedenfalls für die Zukunft nichts Gutes erahnen. Die Schließung eines weiteren Bades für 2011 konnte durch den Druck aktiver BürgerInnen eben noch verhindert werden.

Es stimmt: Bonn hat im Vergleich zu anderen Kommunen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an öffentlicher Schwimmfläche pro Bürgerin und Bürger. Doch auch angesichts weiter steigender Einwohnerzahlen handelt es sich dabei nicht um bloßen Luxus, der bei erster Gelegenheit der Haushaltsräsion geopfert werden sollte. Bäder stehen für Lebensqualität und spielen gerade für Kinder eine wichtige Rolle. Die Linksfraktion wird sich auch in Zukunft für die Bonner Bäder stark machen!

Ein Gespenst geht um in Bonn: das Gespenst der Bäderschließungen.



von Helico at flickr

Die Linksfraktion stellt sich vor

Jürgen Repschläger
Mitglied des Rates



Auch wenn ich erst seit knapp zwei Jahren in der LINKEN bin und vorher nie in einer Partei war, so gehöre ich doch politisch zu den etwas Älteren. Angefangen habe ich Ende der 70er-Jahre in der autonomen Jugend- und Kulturzentrumsbewegung und im Verein Bonner Rockmusiker (Rheinkultur). Nach vielen Jahren in der autonomen und internationalistischen Linken kam ich Anfang der 90er zur antifaschistischen Bewegung.

Meine Leidenschaft, Politik und Geschichte, habe ich zu meinem Beruf gemacht. Seit rund 15 Jahren betreibe ich ein Buchantiquariat mit dem Schwerpunkt Geschichte der Arbeiterbewegung.

Im Stadtrat und in der Partei versuche ich nun die Arbeit in den Gremien mit der Politik der politischen Bewegungen zu verbinden.

Neben der allgemeinen Ratsarbeit bin ich im Kulturausschuss und im Integrationsrat. Daneben engagiere ich mich in meinem Wahlkreis, der inneren Nordstadt (Altstadt), die auch meine politische Heimat ist.



Das Städtenetzwerk Eurocities suchte die kreativsten Bilder junger Menschen aus ihren Städten. Auf Initiative der Linksfraktion nahm auch Bonn an diesem Wettbewerb teil. Gewonnen haben Julian Mostert-Lapo (18) und Isabella Escobedo (16). Wir gratulieren!

Der Insolvestor: Das WCCB und der Mythos der Privatisierung

Von Jürgen Repschläger, Mitglied des Stadtrates

Seit Beginn der sogenannten Aufarbeitung des WCCB-Debakels ist die Linksfraktion die einzige politische Kraft im Bonner Stadtrat, die ihr Augenmerk auf die politische Dimension des Debakels lenkt. So wichtig es auch ist, die persönlichen Fehler Einzelner aufzudecken - im Kern muss die Frage nach den politischen Konsequenzen gestellt werden.

Wir meinen: Beim WCCB ist auch der Ansatz "Privat vor Staat" gescheitert. Durch die Auslieferung an den vermeintlichen Investor hat sich die öffentliche Hand selbst entmachtet. Zentrale Projekte der Stadtentwicklung gehören aber in öffentliche Verantwortung. Die Geschichte der Großbauprojekte in den letzten Jahren hat das eindeutig gezeigt. Die Kommunen wurden von privaten Investoren gleich reihenweise am Nasenring durch die Bauarenen geführt. Nur: Diesen Kardinalfehler neoliberaler Investorengläubigkeit will auch heute immer noch keine der anderen Fraktionen zugeben. Gesucht werden vielmehr die Einzeltäter! Im Bonner Fall ein krimineller Investor, ein korrupter Berater und die Oberbürgermeisterin. Die Fehler werden personalisiert, einen Systemfehler will niemand sehen.

Beim WCCB
ist auch der
Ansatz
„Privat vor Staat“
gescheitert!

Um den Blick aber auch auf die politische Dimension zu richten, hatte die Linksfraktion Dr. Werner Rügemer zu einer Veranstaltung eingeladen. Werner Rügemer ist Lehrbeauftragter an der Uni Köln und kritischer Publizist. Er hat sich in der Vergangenheit wiederholt mit den Themen Korruption und Misswirtschaft auseinandergesetzt. Sein bekanntestes Werk ist "Colonia Corrupta" über den Skandal rund um die Kölner Müllverbrennungsanlage. Aber auch die Sparkasse KölnBonn oder die Kölner Messehallen waren Gegenstand Aufsehen erregender Veröffentlichungen Rügemers. Seine These: Nicht nur die Stadt Bonn, auch NRW und der Bund, die beide beim WCCB-Projekt engagiert sind, sind dem Privatisierungswahn verfallen gewesen und haben den Heuschrecken aller Länder bereitwillig die Türen zur Selbstbedienung aus den öffentlichen Kassen geöffnet. Blinde Investorenhörigkeit hat die Politik bestimmt und nicht Verantwortung für das Gemeinwohl. DIE LINKE. zieht daraus die Konsequenz: Es rettet uns kein höheres Wesen und auch keine Investoren - wichtige Projekte der Stadtentwicklung dürfen nicht zur Verfügungsmasse privater Interessen werden, sondern gehören in öffentliche Verantwortung.

WCCB - und kein Ende in Sicht

von Michael Faber, Vorsitzender der Linksfraktion im Rat

Auf der WCCB-Baustelle herrscht nun schon seit fast zwei Jahren Stillstand.

Viele Millionen hat die Stadt in externe Beratung investiert, doch Ergebnisse gibt es kaum. Gerade als der Oberbürgermeister eine Heimfallvereinbarung vorlegte, mit der die Stadt wieder Eigentümerin des Skandalbaus werden sollte, setzte die schwarz-grüne Ratsmehrheit einen weiteren Berater ein und veränderte die Strategie.

Jetzt soll das WCCB wohl mit städtischem Geld fertig gebaut werden, ohne

dass die Stadt zuvor das Eigentum am Grundstück erwirbt. Vermutlich steht am Ende sogar die Zwangsversteigerung mit ungewissem Ausgang.

Aus Sicht der Linksfraktion ein höchst riskantes Vorgehen: Denn wer kann garantieren, dass die Millionen, die die Stadt in den Fertigbau investieren muss, am Ende nicht verloren sind? Wer zahlt schon dafür, dass das Haus eines insolventen Dritten fertig gebaut wird? DIE LINKE will das WCCB-Debakel beenden. Dabei ist Schadensbegrenzung das Gebot der Stunde. Geld für den Fertigbau nehmen wir nur in die Hand, wenn sicher ist, dass hiervon nicht wieder andere profitieren.

Nicht nur guter Rat ist teuer

von Hannelore Tölke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Soziale Einrichtungen in Bonn sollen in diesem Jahr 5,6 Mio. Euro Zuschüsse erhalten. Kosten in Höhe von rund sechs

Millionen Euro sind inzwischen für Beraterkosten alleine für das WCCB angefallen. In diesem Jahr kommen nach dem Haushaltsentwurf nochmal rund 5 Mio. Euro hinzu. Auch an zahlreichen anderen Stellen kauft die Stadt für teures Geld

Beratungsleistungen und Gutachten ein. Für ihre Dienste streichen Anwälte und Berater schon mal Stundensätze (!) von bis zu 525 Euro ein – bei den meist unkonkreten Beratungsaufträgen eine Lizenz zum Gelddrucken.

Und während in der Stadtverwaltung der Personalabbau weitergeht, steigt der Beratungsbedarf immer stärker an. Die Linksfraktion lehnt das ab. Wir sagen: Schluss mit dem Personalabbau und explodierenden Beraterkosten!



Gefährdet Schwarz-Grün 17 Mio. Euro für Bonn?

Bund und Land wollen Bonn helfen, das WCCB fertig zu bauen. Dabei geht es um 17 Mio. Euro. Aber kann dieses Geld auch fließen, wenn der Stadt das WCCB gar nicht gehört und am Ende eine Zwangsversteigerung steht?

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Paul Schäfer (LINKE) hat die Bundesregierung gefragt, wie es um die Mittel steht. Die Antwort: Bevor das Geld fließt, muss die Stadt mit Bund und Land eine Rechtsvereinbarung treffen.

Das fehlt bislang. MdB Paul Schäfer ist skeptisch, ob Bund und Land das Geld auch für den Rettungsweg von CDU und Grünen bereitstellen. Wer investiert schon Steuergelder in ein Bauwerk, das praktisch einem Insolvenzverwalter gehört und am Ende zwangsversteigert werden soll? Damit riskieren CDU und Grüne Unterstützung für Bonn in Höhe von stattlichen 17 Mio. Euro.



Der Journalist Werner Rügemeier bei der Veranstaltung „Der Insolvestor - Zur politischen Dimension des WCCB-Desasters“ am 7. April 2011 im Bonner Uniclub

Spielräume für eine humane Flüchtlingspolitik ausnutzen!

Bild: Lorenz Krämer

Von Lina Franken, Mitarbeiterin der Linksfraktion

Links heißt vor allem: Solidarität mit Menschen in Not! Ausgegrenzt werden in Deutschland viele – darunter auch Flüchtlinge, die selten im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Menschen, die in Deutschland Zu-

flucht z.B. wegen Verfolgung in ihren Heimatländern suchen, verdienen unsere Unterstützung. Leider ist Deutschland aber weit von einer humanen Flüchtlingspolitik entfernt. Das belegt etwa die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Jahr 1993 oder auch das Asylbewerberleistungsgesetz. Dieses Gesetz regelt, dass Flüchtlinge in Deutschland noch weniger Mittel zum Lebensunterhalt erhalten als so genannte Hartz-IV-EmpfängerInnen. Aus Sicht von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und auch der LINKEN ist das ein Skandal, denn Menschenwürde ist unteilbar.

Auch die konkreten Asylverfahren sind häufig ungerecht. Der Grund liegt in den bundesgesetzlichen Bestimmungen, die eher auf Abschottung als auf Hilfeleistung ausgerichtet sind. Als LINKE wollen wir auch die lokalen Spielräume für eine humane Flüchtlingspolitik ausschöpfen. Ein Instrument hierfür kann eine kommunale Härtefallkommission in Abschiebefragen sein. Hier sollten Flüchtlingsinitiativen gemeinsam mit Kommunalpolitik und Verwaltung erörtern, wie den Menschen in laufenden Asylverfahren geholfen werden kann. In Köln existiert eine solche Kommission bereits seit 2005. Die Erfahrungen hier zeigen, dass eine derartige Kommission positive Auswirkungen auf die Politik der Stadt haben kann und besondere Härten vermieden



Afrikanische Bootsflüchtlinge vor der italienischen Insel Lampedusa

werden können. Die Linksfraktion hat diesen Ansatz jüngst gemeinsam mit Flüchtlingsinitiativen, der Stadtverwaltung und der Politik im Rahmen einer Veranstaltung diskutiert.

Klar ist: Eine Stadt kann Bundesgesetze nicht ändern. Der Schlüssel für eine humane Flüchtlingspolitik liegt zuerst in der Hand des Bundes. Zugleich zeigt das Kölner Beispiel aber, dass auch vor Ort etwas im Sinne der Betroffenen erreicht werden kann. Ein Raum der Diskussion über Einzelfälle und darüber hinaus kann zu einer Sensibilisierung für die Probleme der Betroffenen führen. Wichtig ist, dass alle Akteure eingebunden sind und gemeinsam Grundlagen und Richtlinien für eine humane Arbeit des Ausländeramts entwickeln. Die Linksfraktion wird den Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsinitiativen fortsetzen und sich auch in Zukunft dafür stark machen, dass Menschen in Not in Bonn die Hilfe erhalten, die sie brauchen.

Bildung und Teilhabe für alle Kinder!

Das Bundesverfassungsgericht hat der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben, bedürftigen Kindern mehr zu helfen. Deshalb gibt es nun das sog. Bildungspaket. CDU und FDP im Bund haben Flüchtlingskindern diese Leistung verweigert. Die Linksfraktion hat deshalb beantragt, dass die Stadt die Mittel freiwillig bereitstellt. Im Jugendhilfeausschuss gab es jetzt einen Teilerfolg: Flüchtlingskinder erhalten auf die Initiative der LINKEN hin zukünftig die bildungsbezogenen Leistungen des Pakets. Das ist ein wichtiger Schritt. Aber auch die sonstigen Teilhabeleistungen, etwa für die Mitgliedschaft in Sportvereinen müssen folgen. Denn alle Kinder in Bonn haben einen Anspruch auf Bildung und Teilhabe – unabhängig von Herkunft und Elternhaus.

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn
Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn
Tel: 0228 - 77 - 40 81 / - 40 80
Fax: 0228 - 77 - 40 85
linksfraktion@bonn.de
www.linksfraktion-bonn.de
Layout: Jonas Bens

Redaktionsschluss 30.06.2011.

Kontakt

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns. Rufen Sie an oder schreiben Sie an linksfraktion@bonn.de.

Die verwendeten Bilder stehen im Eigentum der Linksfraktion Bonn oder sind, so nicht anders gekennzeichnet, den Bilddatenbanken flickr.com oder pixelio.de entnommen

Abo gefällig?

Die LINKS-rheinische erscheint zweimal jährlich. Gerne können Sie die Zeitung kostenlos abonnieren! Einfach anrufen unter 0228- 77 - 40 81 oder eine E-Mail an linksfraktion@bonn.de